

# Absage an ein weltfremdes Experiment

Bei einer Volksabstimmung sagte die Mehrheit der Schweizer Nein zu der „Keine-Zehn-Millionen-Initiative“. Mit dem Plan hatte die rechtsnationale SVP einen starren Bevölkerungsdeckel einführen wollen.

Jan Dirk Herbermann aus Zürich



Die SVP-Politiker Thomas Matter (Mitte), Mike Egger und Parti-präsident Marcel Dettling (links) hätten lieber ein anderes Ergebnis gehabt.

Die Schweiz hat sich entschieden: Eine klare Mehrheit von 55 Prozent stimmte am Sonntag gegen eine Initiative der rechtsnationalen Schweizerischen Volkspartei zur strikten Begrenzung der Bevölkerung auf zehn Millionen. Das meldete am Nachmittag der Sender SRF: Laut einer Hochrechnung im SRF-Auftrag lehnten 55 Prozent der Stimmberechtigten die „Keine-Zehn-Millionen-Initiative“ der SVP ab. Demnach votierten 45 Prozent für den SVP-Vorstoß, der ein weltweit wohl einmaliges Abschottungsexperiment ausgelöst hätte.

Die SVP reagierte enttäuscht auf die Niederlage. Der Abgeordnete Thomas Matter, der als „Vater“ der Initiative galt, betonte: „Die Gegner hatten keine Fakten-Argumente, es war eine reine Angstmacherei-Kampagne.“ Das Nein-Lager gab sich hingegen erleichtert. Die Sozialdemokraten (SP) sprachen von einem

„historischen Sieg für eine soziale und offene Schweiz“. Neben der SP hatten auch alle anderen großen Parteien die Initiative der SVP abgelehnt, das Vorhaben sei fremdenfeindlich, realitätsfremd und löse in der stabilen Schweiz „Chaos“ aus. Auch die Regierung, der Bundesrat und das Parlament empfahlen den Schweizern, mit Nein zu stimmen. Sie befürchteten bei einem Ja enorme Schäden für die Wirtschaft, die auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist. Zudem würde das Verhältnis zur Europäischen Union massiv gestört.

## Schweizer Pragmatismus

Das Nein zu dem Bevölkerungsexperiment zeugt von einem Pragmatismus, den sich die Menschen zwischen Bodensee und Genfer See gerne zugutehalten. Sie wissen, dass die Schweiz die Arbeitskräfte von jenseits der Grenzen benötigt. Der Anteil der Erwerbstätigen mit aus-

ländischer Staatsangehörigkeit liegt bei 35 Prozent. Vor allem in den Bereichen, in denen die Schweizer selbst nicht arbeiten wollen, packen die Ausländer an: auf dem Bau, in der Industrie, im Hotel- und Gaststättengewerbe.

## Hohes Wohlstandsniveau

Aber auch hoch qualifizierte Zugewogene, Ärzte, Manager und Wissenschaftler legen sich ins Zeug und steigern die Wirtschaftskraft. Ohne die fleißigen Fremden, viele davon aus Deutschland, würden die Eidgenossen ihr hohes Wohlstandsniveau kaum halten können.

Trotzdem überzeugte die SVP einen großen Teil der Wähler von ihrem Vorhaben. Das Thema Migration ist nach Meinung des Berner Politikwissenschaftlers Urs Bieri „nicht vom Tisch“. Die SVP werde sich weiter entschieden positionieren, erklärte er im Sender SRF. Die Partei rund um den Zürcher Milliar-

där Christoph Blocher schiebt den Fremden die Schuld an fast allen Problemen zu: Die Nichtschweizer verursachten laut SVP die steigenden Mieten, die Wohnungsknappheit, die wachsende Kriminalität, einen Verlust der kulturellen Identität sowie überfüllte Züge und Staus auf den Straßen.

Die SVP verlangte eine harte Grenze: Die ständige Schweizer Wohnbevölkerung sollte die Marke von zehn Millionen bis 2050 „keinesfalls überschreiten“. Falls doch, hätte die Regierung nach einer Frist die „bevölkerungstreibenden internationalen Verträge“ kündigen müssen. Dazu hätte das Freizügigkeitsabkommen mit der EU gehört: Ab 2050 sollte die Regierung den kritischen Grenzwert jährlich „um den Geburtenüberschuss anpassen“ dürfen. Schon bei einer Wohnbevölkerung von 9,5 Millionen beabsichtigte die SVP, Alarm auszulösen. Ab dieser Schwelle hätte die Schweiz

einen harten Kurs im Asylbereich einschlagen müssen.

Offiziell hatte die SVP ihren Plan auch „Nachhaltigkeitsinitiative“ genannt. Laut dem Zeithistoriker Damir Skenderovic aus Freiburg (Schweiz) wollte die SVP mit diesem Namen über ihre traditionelle Klientel hinaus Unterstützung gewinnen: „Allerdings transportiert die SVP in einer neuen ökologischen Verpackung ihre alte nationalistische und fremdenfeindliche Politik.“

## Starke Signalwirkung

Der Zeithistoriker wies auch auf die europäische Vorreiterrolle der SVP hin: „Rechtspopulisten aus Europa schauen seit Jahren auf die Schweizerische Volkspartei und applaudieren ihren Erfolgen in Abstimmungen, an der Urne und im öffentlichen Diskurs.“ Ein Ja zu der SVP-Initiative am Sonntag hätte eine starke Signalwirkung an die Rechtsparteien in Europa gehabt.

# Orbán bleibt nach Wahldebakel Fidesz-Obmann

Auf einem Parteitag der oppositionellen Fidesz-Partei stimmten am Wochenende alle Delegierten für Ungarns Ex-Premier

Gregor Mayer aus Budapest

Gut zwei Monate nach der krachenden Niederlage bei der Parlamentswahl am 12. April hat Ungarns rechtspopulistische Fidesz-Partei bei einem Parteitag versucht, mit den Realitäten klarzukommen. Die Veranstaltung am Samstag bestätigte den abgewählten Ministerpräsidenten Viktor Orbán für ein weiteres Jahr im Amt des Parteiobmanns. Es gab keinen Gegenkandidaten, 729 von 737 Delegierten sprachen Orbán das Vertrauen aus.

Der heute 63-jährige Mitbegründer der damals liberalen Jugendpartei Bund Junger Demokraten – wofür die Abkürzung Fidesz steht – ist seit 33 Jahren praktisch Alleinherrscher über diese Partei. Über denselben Zeitraum hindurch ist er, abgesehen von einer eher taktischen Unterbrechung von 2000 bis 2003, ihr Obmann. Stets gab er den Kurs vor, der von liberal über rechtsliberal und konservativ nach rechts außen führte. 20 Jahre lang war Orbán an der Spitze von Fidesz-geführ-

ten (1998 bis 2002) oder reinen Fidesz-Regierungen (2010 bis 2026) Ministerpräsident.

## Weiter wie bisher

Mit der April-Wahl erlebte Ungarn eine Zeitenwende, manche sagen sogar: eine Revolution. Der ehemalige Fidesz-Funktionär Péter Magyar brach im Februar 2024 spektakulär mit dem Orbánismus, baute eine eigene, bürgerlich-pragmatische und weltoffene Bewegung auf, die Tisza (die Abkürzung steht für Respekt und Freiheit und bezeichnet zugleich den Fluss Theiß), und fuhr bei der Wahl am 12. April einen Erdrutschsieg ein. Jetzt hat Tisza die Zweidrittelmehrheit, mit der sie nach Belieben in die Verfassung eingreifen könnte.

Die Fidesz-Fraktion im neuen Parlament ist wiederum auf gerade mal 52 Abgeordnete geschrumpft. In seiner Parteitagrede sagte Orbán: „Für die Wahlniederlage übernehme ich die Verantwortung.“ In einer Vorstandssitzung unmittelbar nach der Wahl habe er sogar seinen Rücktritt als Obmann angeboten, das

Gremium habe das aber abgelehnt. Insidern zufolge wurde darüber gar nicht abgestimmt. Tatsächlich kritisierte in der Folge keiner der Delegierten Orbán offen. Viele sprachen sich ausdrücklich für sein Weitermachen aus, nur unter seiner



Ex-Premier und Fidesz-Partei-Obmann: Viktor Orbán (rechts).

EPA/ZOLTAN MATHE

Führung könne sich die Partei erneuern. Viel wurde darüber lamentiert, wie „Brüssel“ (die EU-Spitze) Magyar gepusht hätte, wie die „ausländischen Algorithmen“ in den Sozialen Medien Fidesz benachteiligt und Tisza bevorteilt hätten.

Lediglich der Parlamentsabgeordnete Balázs Hidvegi ging mit den Wahlkampf- und Kommunikationsstäben des Fidesz hart ins Gericht. „Unser Realitätsgefühl hat sich abgenutzt, sowohl in Stil als auch Inhalten gerieten wir weit unter unser Niveau und entfernten uns von der Stimmung des Bürgertums“, sagte er. Aber auch er sprach Orbáns Verantwortung nicht an.

## Keine Lust auf Veränderung

Dieser hatte mit dem schusseligen Politologen Balázs Orbán (nicht mit ihm verwandt) einen schwachen Wahlkampfleiter ernannt und letztlich selbst die operative Kontrolle über Inhalte und Botschaften übernommen. Die Hasskampagnen gegen die von Russland angegriffene Ukraine und ihren Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, das absurde

Schüren einer Kriegspsychose („Péter Magyar wird eure Männer und Söhne in den Ukrainekrieg schicken“) verfielen bei einer klaren Mehrheit der Wähler nicht.

In der Rede nach seiner Bestätigung als Parteiobmann versprach Orbán: „Ihr sollt wissen: Ich habe nicht die geringste Lust, mich zu ändern. Ich vollziehe weder eine halbe noch eine 180-Grad-Wende.“ Nach jahrzehntelanger Orbán'scher Alleinherrschaft über die Partei hat Fidesz offenbar kein Potenzial für eine Erneuerung ohne Orbán. Mit einem solchen Orbán scheint aber eine Erneuerung nicht möglich.

Die Gesellschaftswissenschaftlerin Eszter Galgóczi vom Institut Forrás (Quelle) meinte zum Nachrichtenportal 24.hu, dass sich die Frage nach Orbáns Führungsrolle früher oder später stellen werde. Bei diesem Parteitag und in der gegebenen Situation habe sich schlicht niemand als Herausforderer exponieren wollen. Doch sie fügte hinzu: „Der gegenwärtige Kurs des Fidesz ist ein Lehrbuchbeispiel fürs Scheitern.“